

Die Hoffnung lebt – Zu Schwarz-Grün in Österreich

In Österreichs Medien und in der Öffentlichkeit wird neuerdings wieder über eine mögliche große Koalition nach den nächstjährigen Parlamentswahlen spekuliert. Tatsächlich aber dürfte sich an der Koalitionsoption der Österreichischen Volkspartei für die Grünen (*Die Politische Meinung*, Nr. 427, Juni 2005) nach den letzten drei Landtagswahlen im Grund wenig geändert haben. Und das, obwohl sich die politische Landschaft in Österreich seither doch etwas verändert hat.

In der Ära Kreisky (1970 bis 1983) eilte die ÖVP von einem Erfolg zum nächsten bei Landtags-, Gemeinderats- und Interessenvertretungswahlen. Der große Durchbruch auf Bundesebene, das heißt das Erringen der relativen Mehrheit, blieb damals aber genau genommen aus. Daran knüpfen nun die Optimisten in der ÖVP Hoffnungen für die im kommen-

den Jahr anstehenden Nationalratswahlen. Denn nach Salzburg, wo der Landeshauptmann bereits 2004 verloren ging, musste die Volkspartei heuer auch den Landeshauptfrausessel in der Steiermark abgeben, im Burgenland zusehen, wie die SPÖ die absolute Mehrheit erlangt, und auch in Wien konnte sie dem Zuwachs der SPÖ-Stimmen nicht Einhalt gebieten. In der Bundeshauptstadt gelang es dem neuen schwarzen Frontmann Johannes Hahn immerhin, mit einer bewusst „urbanen Politik“ die jahrzehntelange Talfahrt zu stoppen, ja sogar einen Aufwärtstrend einzuleiten, wodurch sich die Katerstimmung bei der ÖVP zum Ausklang des kleinen Wahljahres in Grenzen hält.

Die Hoffnung, dass es bei den Parlamentswahlen 2006 Wolfgang Schüssel gelingt, wieder als Erster durchs Ziel zu kommen, lebt. Frei nach dem Motto: Bei Regionalwahlen schlägt das Pendel auf die eine, bei Bundeswahlen dagegen auf die andere

Seite aus. Was angesichts seines unmittelbaren Gegenübers, des SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer, möglich sein sollte. Denn wenn er auch nach jedem Landeserfolg den Rücktritt der Bundesregierung reklamiert, so liegt er in puncto Kompetenz und Führungsanspruch eindeutig hinter dem amtierenden Bundeskanzler. Was allerdings Schüssel & Co. nicht unbedingt allzu selbstsicher machen sollte.

Denn die letzten zwölf Monate haben nicht nur die politische Landschaft umgefärbt (Salzburg und Steiermark waren klassische ÖVP-Bastionen, nur noch vier von neun Landeshauptleuten, sprich Ministerpräsidenten, gehören jetzt der ÖVP an, im allerdings nicht sehr einflussreichen Bundesrat hat die SPÖ die Mehrheit), sondern es hat auch einige Veränderungen gegeben, die den Politik-Strategen Anlass zum Nachdenken geben sollten.

Einer der Vorwürfe, der immer wieder an die Volkspartei und ihre Füh-

rungsgarnitur gerichtet wird, lautet, sie strahle „zu wenig soziale Wärme“ aus. Ganz von der Hand ist dieser Vorwurf nicht zu weisen, auch im Wissen, dass Maßnahmen wie etwa die große Pensionsreform, die zwingend notwendig, aber eben nicht gerade populär war, ihren Beitrag zu diesem Imageproblem geleistet haben. Bei aller Notwendigkeit, einen Sanierungskurs zu fahren (der noch dazu vorbildlich in Europa ist und den andere Staaten noch vor sich haben), so ist auch nicht zu übersehen, dass beim Politik-Marketing oft zu sehr das Machergehebe in den Vordergrund gestellt, bei manchen politischen Entscheidungen zu wenig auch auf menschliche Aspekte geachtet wird.

Ein anderes Problemfeld stellt das inhaltliche wie auch personelle Erscheinungsbild der Volkspartei dar. Sie kommt nach außen hin derzeit wieder mehr dem Klischee einer (bürgerlichen) Partei nahe, die primär für Wirtschaftsinteressen steht und die dem wirtschaftlichen Fortschritt alles unterordnet. Vergessen sind Ansprüche wie jener, dass die Volkspartei auch die natürliche politische Heimat der Arbeitnehmer sei. Dass es dazu gekommen ist, liegt aber auch an den handelnden Personen

im Arbeitnehmerflügel selbst beziehungsweise daran, dass jene Zeiten, da dieser gerne als links apostrophierter Flügel geistiger Motor der Partei war, derzeit jedenfalls vorbei sind.

Mangel an Bodenhaftung

Nicht zu übersehen ist auch, dass es bei einigen der seit längerer Zeit politisch handelnden Personen an Bodenhaftung mangelt(e). Die Selbstgefälligkeit mancher Politiker, die jede Kritik abzuschütteln wissen, die es einfach verabsäumen, rechtzeitig Kurskorrekturen vorzunehmen, die oft das Gefühl dafür verloren haben, was vertretbar ist und wo Zurückhaltung angebracht ist, hat mit dazu geführt, dass in manchen Bereichen die Distanz zwischen den Wählern und der Volkspartei größer geworden ist. Wobei nicht nur Franz Schausberger in Salzburg und Waltraud Klasnic in Graz unter anderem dieser Tatsache ihre Abwahl als Landeshauptmann verdanken, sondern auch so mancher Regierungspolitiker wäre gut beraten, in dieser Hinsicht bei sich selbst Einkehr zu halten.

Politik ist ein Balanceakt. Auf der einen Seite verlangt der Wähler eine erfahrene Mannschaft, setzt das Vertrauen in Po-

litiker, die über eine entsprechende Erfahrung verfügen, auf der anderen Seite steht aber auch immer wieder der Wunsch, eingefahrene Wege zu verlassen, Visionen erkennbar zu machen – und neue Gesichter zu präsentieren. Ein Problem, das noch unter den Teppich gekehrt wird, mit dem aber der Bundeskanzler bald konfrontiert wird, spätestens dann, wenn er jene Mannschaft präsentieren muss, mit der er auch in Zukunft die Geschicke dieses Landes lenken will. Grundsätzlich ist Schüssel keiner – und das war gut so –, der sich von außen beeinflussen und Entscheidungen aufzwingen lässt. Zudem hängt er dem Prinzip der Kontinuität an. Das gilt sowohl für Personen wie auch für Inhalte. Trotzdem wird es Veränderungen in der „Mannschaftsaufstellung“ geben müssen. Nur, wie soll dies rechtzeitig geschehen, ohne dass es aussieht, als würde man der Kritik der Opposition nachgeben?

Die massivste Veränderung der politischen Landschaft im ablaufenden Jahr betraf den Koalitionspartner der ÖVP. Wolfgang Schüssel ist es durch die Koalitionsbildung mit der FPÖ gelungen, den zum „Politik-Dämon“ hochstilisierten Jörg Haider zu entzaubern,

was in weiterer Folge zu einer Selbstdemontage des so genannten „dritten Lagers“ führte: Haider's FPÖ hat sich gespalten in ein offenbar bedeutungsloses Bündnis, das sich BZÖ nennt und die Regierungsmitglieder stellt, aber über keine nennenswerte Basis verfügt, sowie in eine wieder stramm rechts ausgerichtete FPÖ, die alte Recken und junge Scharfmacher um sich schart. Haider, vor fünf Jahren nicht nur von den Linken noch als „Gefahr von rechts“ angesehen, ist, nachdem ihn Schüssel an die Brust genommen hat, kein wirklich bedeutender politischer Faktor mehr in Österreich. Gleichzeitig ist aber der ÖVP damit der Koalitionspartner für die Zukunft verloren gegangen. Das BZÖ verschwindet von der politischen Bildfläche, die Rest-FPÖ zieht sich auf die Oppositionsbank zurück.

Trotzdem steht die ÖVP nicht ohne möglichen Partner da. Da sind einmal die Sozialdemokraten. Sie wollen zwar an die Spitze, lassen jedoch offen, mit wem sie koalieren wollen. Gleichzeitig werden aber von einigen durchaus mächtigen Repräsentanten die Fühler ausgestreckt, wie es denn im Fall der Fälle um eine Neuauflage der großen Koalition stünde. Was prompt dazu führte, dass

manche Granden in der Volkspartei Ladehemmung hatten, als der Skandal um eine dubiose Kreditvergabe der (unter SPÖ-Kuratel stehenden) Gewerkschaftsbank von 350 Millionen Euro an ein kurz danach in die Insolvenz schitterndes US-Wertpapierhaus aufflog. Anstatt diesen Finanzskandal im SPÖ-Umfeld anzuprangern, meinte sogar der aus dem schwarzen Lager kommende Nationalbankpräsident, das sei kein Fall für Parteipolitik ...

Profilierungschancen für die Grünen

Schon bei den Regierungsverhandlungen vor drei Jahren waren die Grünen eine Zeit lang eine echte Option, und sie liebäugeln auch weiterhin mit der ÖVP. Durchaus hilfreich waren dabei die Wahlen in der Bundeshauptstadt. Gerade der Wiener Grünen-Flügel, der am linken Rand der Partei angesiedelt ist und einer schwarz-grünen Liaison mehr als reserviert gegenübersteht, musste bei den Landtagswahlen eine herbe Enttäuschung hinnehmen und verlor dadurch an innerparteilichem Einfluss. Anstatt auf dem zweiten landete man nur auf dem vierten Platz, wie überhaupt der grüne Trend schon seit einiger Zeit nicht mehr nach oben

zeigt. Politologen sehen eine Ursache darin, dass die Grünen viel von ihrer unkonventionellen Art, Politik zu machen, verloren haben und eigentlich nur noch eines wirklich im Sinn haben, nämlich zu regieren. Und sollte diese Chance sich auftun, dann meinen nicht nur Politologen, sondern auch viele Grünen-Politiker, dass es in einer Koalition mit der ÖVP mehr Profilierungschancen gibt als in einer mit der SPÖ. Zudem ist das abgewählte deutsche Modell derzeit nicht gerade ein nachahmenswertes Vorbild und fühlt sich das grüne Establishment geschmeichelt, dass Mitte-rechts derzeit weit mehr Avancen macht als Mittele links.

Schüssel hat sich viel Respekt in Europa mit der Bändigung von Jörg Haider verschafft und damit gezeigt, wie man mit Rechts-Parteien verfährt. Er könnte im kommenden Jahr wieder Schrittmacherdienste leisten, wenn es ihm gelingt, ein schwarz-grünes Bündnis zu Stande zu bringen. Dazu aber ist es notwendig, dass die Volkspartei stärkste Kraft bleibt und freie Hand hat, Koalitionsangebote zu machen. Und daher werden sich die Strategen einiges einfallen lassen müssen, um die Wählerströme in die richtigen Bahnen zu lenken.